

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

I. Quartal 2009

Abgeschlossen am 31. März 2009. • E-Mail-Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Gegen die weltweite Wirtschaftskrise verabschieden einige Länder umfangreiche Konjunkturbelebungsprogramme. Die "American Recovery and Reinvestment Act" sieht Maßnahmen von 787 Mrd. \$ vor (5% BIP), das zweite Konjunkturpaket der deutschen Bundesregierung umfasst Maßnahmen im Ausmaß von 46,5 Mrd. €. Die von der Krise betroffene Autoindustrie erhält vor allem in Frankreich erhebliche staatliche Hilfe. In vielen Ländern wird eine "Abwrackprämie" für die Verschrottung von alten Autos eingeführt, die schnelle Wirkung zeigt. Umfangreiche Mittel werden zur Absicherung des Bankensystems eingesetzt, in einigen Ländern mit der Folge der Teilverstaatlichungen von Banken. Insbesondere wird versucht, den Banken notleidende Darlehen und Wertpapiere ("toxische" Papiere) abzunehmen. Auch die internationalen Institutionen setzten zusätzliche Mittel zur Krisenbewältigung ein. Große Hoffnung wird in den G-20-Gipfel im April 2009 gesetzt.

1. Jänner: Tschechien übernimmt nach Frankreich den Vorsitz des Europäischen Rates.

In der Slowakei ersetzt der Euro als Zahlungsmittel die slowakische Krone. Zehn Jahre nach der Vollendung der Währungsunion umfasst der Euro-Raum 16 EU-Länder.

Aufgrund von Unstimmigkeiten über die Verbindlichkeiten des ukrainischen Erdgasunternehmens Naftogas gegenüber dem russischen Erdgaskonzern Gazprom stellt dieser die Erdgaslieferungen ein.

In den USA sind zwei Bankenübernahmen rechtskräftig: Die Bank of America hat die Übernahme von Merrill Lynch, Wells Fargo hat die Übernahme von Wachovia vollzogen.

9. Jänner: Die zweitgrößte Bank Deutschlands, die Commerzbank, erhält vom Staat eine Kapitalhilfe von 10 Mrd. €. Der Staat erwirbt damit 25% der Aktien und entsendet 2 Repräsentanten in den Aufsichtsrat.

14. Jänner: In Deutschland wird die Umweltprämie für Altfahrzeuge eingeführt. Bis Jahresende bzw. bis zur Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Mittel (1,5 Mrd. €, d. h. 600.000 Verschrottungen) werden für das Verschrotten von Autos, die mindestens 9 Jahre alt sind, bei Kauf oder Leasing eines Neuwagens 2.500 € an Umweltprämie ausgezahlt.

16. Jänner: Die Bank of America erhält staatliches Kapital im Umfang von 20 Mrd. \$. Im Gegenzug übernimmt der Staat Vorzugsaktien mit einem Coupon von 8%. Bereits im September 2008 hat die Bank gemeinsam mit Merrill Lynch¹⁾ 25 Mrd. \$ an staatlicher Kapitaleinlage erhalten.

Ausland

Europäischer Rat

Slowakei: Währungsunion

Ukraine: Gaslieferungen

USA: Banken

Deutschland: Commerzbank

Deutschland:
Abwrackprämie

USA: Bank of America

¹⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2008", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81(10), S. 759, http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=33981&typeid=8&display_mode=2.

Ukraine: Gaslieferungen

20. Jänner: Die EU-Beobachter in der Ukraine bestätigen die Wiederaufnahme der Gaslieferungen. Am 19. Jänner unterzeichneten Russland und die Ukraine einen Liefervertrag über zehn Jahre, der die Ukraine verpflichtet, ab 2010 den in Westeuropa geltenden Erdgaspreis zu zahlen; für 2009 gewährt Russland letztmals eine Preisreduktion um 20%. Russland zahlt im Gegenzug an die Ukraine eine Durchleitungsgebühr.

Fiat, Chrysler

Der italienische Autokonzern Fiat und der Chrysler-Konzern unterzeichnen eine Absichtserklärung. Chrysler bezieht von Fiat Technologie für die Erzeugung von Kleinwagen, im Gegenzug übernimmt Fiat eine Beteiligung an Chrysler im Ausmaß von 35%.

EZB: Leitzinssatz

21. Jänner: Die Europäische Zentralbank senkt den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierung um 50 Basispunkte auf 2%. Der Satz der Spitzenrefinanzierungsfazilität bleibt mit 3% unverändert, der Satz der Einlagenfazilität wird um 100 Basispunkte gesenkt und mit 1% festgelegt.

Weltwirtschaftsforum

1. Februar: Die Veranstaltung des Weltwirtschaftsforums (WEF) steht unter dem Titel "Die Welt nach der Krise gestalten". Die Teilnehmer des im April stattfindenden G-20-Treffens werden aufgefordert, eine neue Weltwirtschaftsordnung zu gestalten. Der Generaldirektor der WTO und 20 Handelsminister bekräftigen, dass die Öffnung der Märkte das beste Mittel gegen die Krise sei.

Frankreich: Konjunkturpaket

2. Februar: In Frankreich wird ein Konjunkturpaket im Umfang von 26 Mrd. € vorgestellt. 11,4 Mrd. € umfassen steuerliche Maßnahmen zur Verbesserung der Liquidität der Unternehmen. Staatliche Investitionen von 10,6 Mrd. € werden vorgezogen. Weiters sieht das Paket zusätzliche Investitionen von staatlichen bzw. staatsnahen Unternehmen im Umfang von 4 Mrd. € vor.

USA: Managereinkommen

4. Februar: Der Präsident der USA, Obama, verfügt für Manager von Unternehmen, die staatliche Hilfe in Anspruch nehmen, eine Einkommensobergrenze von 500.000 \$ jährlich.

Bank of England: Leitzinssatz

5. Februar: Die Bank of England senkt den Leitzinssatz um 50 Basispunkte auf 1%.

Schweiz: Personenfreizügigkeit

8. Februar: In der Schweiz stimmt die Bevölkerung für die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU und für die Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien.

Frankreich: Autoindustrie

9. Februar: Der französische Präsident Sarkozy präsentiert ein zweites Hilfspaket für die französische Autoindustrie. PSA Peugeot Citroen und Renault erhalten Kredite über jeweils 3 Mrd. €, die mit 6% verzinst werden und eine Laufzeit von 5 Jahren haben. Die Betriebe verpflichten sich, während der Laufzeit in Frankreich keine Schließungen oder Restrukturierungen durchzuführen und Entlassungen zu vermeiden. Die Kredite sollen zur Entwicklung von treibstoffärmeren und umweltfreundlicheren Autos beitragen. Für Zulieferunternehmen werden zusätzlich 300 Mio. € veranschlagt. Eine Verschrottungsprämie von 1.000 € je Pkw ist Teil des Hilfspaketes.

Deutschland: zweites Konjunkturpaket

13. Februar: Die deutsche Bundesregierung beschließt ein zweites Konjunkturpaket im Umfang von 46,5 Mrd. €. Im Jahr 2009 sollen Maßnahmen im Umfang von 21,6 Mrd. € und 2010 von 24,9 Mrd. € wirksam werden. Sie umfassen Investitionen der öffentlichen Hand (2009: 9 Mrd. €, 2010: 8,3 Mrd. €), Innovationsförderungen des Bundes von jährlich 0,5 Mrd. €, die Abwrackprämie²⁾ (2009: 1,5 Mrd. €), die Förderung der Mobilitätsforschung (jährlich 0,3 Mrd. €), beschäftigungssichernde Maßnahmen (2009: 2,5 Mrd. €, 2010: 3,5 Mrd. €), die Senkung der Einkommensteuer (2009: 2,9 Mrd. €, 2010: 6,1 Mrd. €), Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung (2009: 3 Mrd. €, 2010: 6 Mrd. €), eine Einmalzahlung von Kindergeld in der Höhe von 100 € (2009: 1,8 Mrd. €). In Summe werden vom deutschen Staat mit den Konjunkturpaketen I und II und der Rückzahlung und Wiedereinführung der Pendlerpauschale 2009 31,3 Mrd. € und 2010 34 Mrd. € an Konjunkturimpulsen gesetzt.

²⁾ Siehe dazu weiter oben, "14. Jänner".

Die spanische Regierung beschließt ein Unterstützungspaket für die Autoindustrie im Umfang von 4 Mrd. €. Es sieht Maßnahmen zur Entwicklung von Autos im Inland, zur Modernisierung von Werken und zur Verbesserung der Vertriebswege vor. Geförderte Betriebe müssen Arbeitsplätze erhalten. Das Paket finanziert eine Verschrottungsprämie von 2.000 € je Pkw sowie die vorübergehende Aussetzung der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen für die Beschäftigten der Branche.

Spanien: Autoindustrie

Das japanische Unterhaus beschließt ein Konjunkturpaket im Ausmaß von 4.790 Mrd. Yen (rund 38 Mrd. €).

Japan: Konjunkturpaket

13.-15. Februar: In Rom findet ein Treffen der G-7-Finanzminister und Notenbankdirektoren statt. In einer abschließenden Erklärung bekräftigen sie, dass protektionistische Maßnahmen vermieden werden sollen und die Krise in internationaler Zusammenarbeit bekämpft werden soll.

G 7

17. Februar: Der Präsident der USA, Obama, unterzeichnet die von Kongress und Senat verabschiedete "American Recovery and Reinvestment Act of 2009 (Recovery Act)". Das Programm zur Stimulierung der Konjunktur sieht Maßnahmen im Ausmaß von 787 Mrd. \$ vor (5% des BIP). Im aktuellen Budgetjahr (bis 30. September 2009) sind 185 Mrd. \$, in den folgenden zwei Budgetjahren 400 Mrd. \$ bzw. 135 Mrd. \$ und 67 Mrd. \$ im Jahr darauf veranschlagt. Schwerpunkte sind Steuererleichterungen (288 Mrd. \$) sowie regionale Hilfen, um die Kürzung von Gesundheits- und Ausbildungsprogrammen zu verhindern (144 Mrd. \$), Investitionen in Infrastruktur und Wissenschaft (111 Mrd. \$), die Unterstützung von Gefährdeten und Bedürftigen (81 Mrd. \$), Ausgaben für Gesundheit (59 Mrd. \$), Ausbildung und Training (43 Mrd. \$).

USA: Recovery Act

26. Februar: Gemeinsam mit den Aufsichtsbehörden kündigt die Notenbank der USA an, bei Banken mit einem Vermögenswert von über 100 Mrd. \$ Stress-Tests zu unterziehen. Rund 20 betroffene Banken sollen überprüft werden, ob das gesetzlich vorgeschriebene Eigenkapital erhöht werden muss.

USA: Banken

Die Royal Bank of Scotland (RBS) erwirtschaftete 2008 einen Verlust von 24,1 Mrd. £. Der Staat versichert Wertpapiere der Bank im Umfang von 325 Mrd. £, um weitere Bilanzverluste abzuwenden.

Royal Bank of Scotland

27. Februar: Mehrere internationale Finanzinstitutionen stellen ein Hilfspaket für Ostmitteleuropa im Ausmaß von 24,5 Mrd. € vor. Die Europäische Investitionsbank (EIB) wird 11 Mrd. €, die Weltbank-Gruppe 7,5 Mrd. € und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) 6 Mrd. € beitragen. Diese Mittel dienen der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital an Banken. Die Banken werden bei der Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen durch Risikoabsicherung und Vorgaben von Kreditlinien unterstützt.

Hilfspaket für Ostmitteleuropa

Die 10 South East Asian Nations (ASEAN) unterzeichnen einen Freihandelsvertrag mit Australien und Neuseeland. Bis 2015 wollen die ASEAN-Länder einen Binnenmarkt schaffen. Beschlossen wird die Aufstockung des Fonds der ASEAN+3 (ASEAN und China, Japan, Südkorea), der den Zentralbanken bei großen Kapitalbewegungen zur Verfügung steht, von 80 Mrd. \$ auf 120 Mrd. \$.

ASEAN

Trotz staatlicher Kapitalzufuhr von 45 Mrd. \$ sowie Bürgschaften für Verluste verzeichnet die Citigroup große Kursverluste. Allein im IV. Quartal 2008 erreicht der Verlust 8,29 Mrd. \$. Der Staat übernimmt "toxische" Anlagen im Wert von 3 Mrd. €. Gemeinsam mit privaten Vorzugsaktionären sollen nun Vorzugsaktien in Stammaktien umgewandelt werden. Dadurch wird das ursprüngliche Stammkapital nur noch ein Viertel seines Wertes haben, andere ehemalige Vorzugsaktionäre werden 38% und der Staat 36% des Stammkapitals halten.

USA: Citigroup

1. März: In Brüssel findet ein informeller Sondertreffen der EU in Vorbereitung des G-20-Treffens im April zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise statt. Der Vorschlag Ungarns, einen Osteuropa-Fonds im Ausmaß von 160 bis 190 Mrd. € zur Bewältigung der Krise einzurichten, wird abgelehnt, diesen Ländern solle mit den bestehenden Instrumenten geholfen werden. Das gemeinsame Hilfspaket von Weltbank, EIB und EBRD wird begrüßt³⁾. Die Unstimmigkeiten zwischen Frankreich und einigen EU-

EU-Sondertreffen

³⁾ Vgl. dazu weiter oben, "27. Februar".

Gazastreifen	Ländern über die Standortgarantie im Hilfspaket der französischen Regierung für die Autoindustrie wird beigelegt.
USA: American International Group	2. März: Der UNO-Generalsekretär, Ban Ki-moon, und 40 Außenminister nehmen an einer Konferenz zum Wiederaufbau des Gazastreifens teil. Hilfe im Umfang von 4,5 Mrd. \$ wird zugesagt. Diese Mittel sollen von der Autonomiebehörde unter Präsident Abbas verwaltet werden.
Hongkong and Shanghai Banking Corporation	Die American International Group (AIG) gibt für das IV. Quartal einen Verlust von 61,6 Mrd. \$ bekannt. Die Regierung der USA stellt ein weiteres Hilfspaket von 30 Mrd. \$ zur Verfügung. Insgesamt erreichen die staatlichen Hilfsmaßnahmen für den Versicherungskonzern nun 173,3 Mrd. \$. Ein erheblicher Anteil wurde an internationale Geschäftspartner weitergeleitet, die Kreditversicherungen kauften bzw. Wertpapiergeschäfte tätigten.
Großbritannien: Lloyds Banking Group	Die Hongkong and Shanghai Banking Corporation (HSBC) weist trotz hoher Verluste in den USA (15,5 Mrd. \$) für 2008 einen Jahresgewinn von 9,3 Mrd. \$ aus. Die Bank will das Kreditgeschäft in den USA auflösen, 800 Filialen in den USA schließen und sich auf das Geschäft in Europa und in den Schwellenländern zurückziehen. Sie plant eine Kapitalerhöhung von 12,5 Mrd. £.
EZB: Leitzinssatz	8. März: Die Lloyds Banking Group einigt sich mit der britischen Regierung über ein Versicherungspaket von 260 Mrd. £ für Wertpapierbestände. Im Gegenzug steigt der Aktienanteil des Staates von 43,5% auf 65%.
USA: Freddie Mac	11. März: Die EZB senkt die Leitzinssätze um 50 Basispunkte. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierung wird mit 1,5%, der Satz der Spitzenrefinanzierungsfazilität mit 2,5% und der Satz der Einlagenfazilität mit 0,5% festgelegt.
USA: Federal Reserve	12. März: Die staatlich kontrollierte Hypothekarbank Freddie Mac aus den USA verzeichnet im IV. Quartal 2008 einen Verlust von 23,9 Mrd. \$ und beantragt weitere staatliche Hilfe im Ausmaß von 31 Mrd. \$.
Europäischer Rat	18. März: Die Notenbank der USA erweitert das Kaufprogramm für Wertpapiere um 1,15 Bio. \$. Erstmals können langfristige Staatspapiere (Treasuries) von der Fed angekauft werden; dafür stehen 300 Mrd. \$ zur Verfügung. Der Rahmen für den Ankauf von mortgage-backed securities wird um 750 Mrd. \$ auf 1,25 Bio. \$ aufgestockt.
Frankreich: Streiks	18.-20. März: Der Europäische Rat tagt in Brüssel. In Hinblick auf das Treffen der G 20 im April beschließen die EU-Länder eine substantielle Aufstockung der Ressourcen des IWF. Ein temporäres Darlehen von 75 Mrd. € für spezifische Krisenhilfe wird bereitgestellt. Für EU-Länder, die nicht an der Währungsunion teilnehmen, werden die Mittel der Zahlungsbilanzhilfe auf 50 Mrd. € verdoppelt. Ein Paket von Infrastrukturprojekten im Umfang von 5 Mrd. € soll die Konjunktur stimulieren. Energieprojekte werden mit 4 Mrd. €, der Ausbau von Breitband-Internet-Verbindungen mit 1 Mrd. € gefördert. Als Reaktion auf die Gas-Krise in der Ukraine wird der Ausbau von grenzüberschreitenden Gas- und Stromleitungen gefördert. Dabei sollen 200 Mio. € für den Ausbau der Nabucco-Pipeline verwendet werden. Zur besseren Regulierung der Finanzmärkte muss die Kontrolle der Finanzinstitute, der Finanzprodukte und der Teilnehmer verbessert werden. Die Einführung einer international kohärenten Kontrolle der Rating-Agenturen soll Transparenz und Qualität von Ratings gewährleisten.
Deutschland: Lex Hypo Real Estate	19. März: In Frankreich streiken Tausende gegen die Krisenpolitik von Präsident Sarkozy.
Daimler	20. März: Der Deutsche Bundestag beschließt ein Gesetz, mit dem das Recht auf Eigentum von Bankaktionären bis Ende 2009 vorübergehend aufgehoben werden kann ("Lex Hypo Real Estate"). Die Enteignung von Banken wird von den politischen Instanzen als "Ultima Ratio" zur Krisenbewältigung gesehen.
USA: "Toxic Assets"	22. März: Der Staatsfonds IPIC des Emirats Abu Dhabi wird Großaktionär des deutschen Autoherstellers Daimler. Er wird nach einer Kapitalerhöhung 9,1% des Aktienkapitals halten.
	23. März: Der Finanzminister der USA, Timothy Geithner, plant den Banken notleidende Darlehen und Wertpapiere ("Toxic Assets") im Umfang von 500 bis 1.000 Mrd. \$ abzukaufen. Die Wertpapiere sollen in einen Fonds eingebracht wer-

den. Über eine private Auktion wird ihr tatsächlicher Marktwert festgelegt. Private Investoren und der Staat setzen nun jeweils 6 \$ ein. Für die Differenz zum Marktwert der Papiere erhalten die Investoren vom Staat gegen Verlust garantierte Kredite. Je nach Entwicklung der Assets erhalten die Investoren später nach Rückzahlung des Kredites einen Ertrag oder verlieren ihr eingesetztes Kapital. Die Maßnahmen dienen zur Stärkung des Eigenkapitals der Banken und zur Rückerlangung der Fähigkeit der Banken zur Kreditvergabe.

24. März: Die Deutsche Bank AG gibt für das Jahr 2008 einen Verlust nach Steuern von 3,9 Mrd. € bekannt. Er stammt aus dem Handel mit Kreditprodukten und Aktien⁴⁾.

25. März: Rumänien erhält zur Stabilisierung des Finanzsystems und der Währung sowie zur Belebung der Wirtschaft von der Europäischen Union und der Weltbank Kredite im Ausmaß von 20 Mrd. €.

Die deutsche Bundesregierung beschließt, die Abwrackprämie bis Jahresende zu verlängern, nachdem die veranschlagten Mittel von 1,5 Mrd. € bereits ausgeschöpft wurden.

Die Bayerische Landesbank (Bayern LB) weist für 2008 einen Verlust von 5,1 Mrd. € aus. Das Land Bayern stellt 10 Mrd. € an Kapital zur Verfügung. Die Bank hält eine Mehrheitsbeteiligung an der Hypo Group Alpe Adria.

26. März: Die Fortis Bank Nederland gibt einen Verlust von 18,40 Mrd. € bekannt. 2008 wurde die Bank vom niederländischen Staat übernommen.

27. März: Die Bankengruppe Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die zu 80% im Eigentum des deutschen Staates und zu 20% im Eigentum der Bundesländer ist, weist 2008 einen Verlust von 2,7 Mrd. € aus. 2007 betrug der Verlust 6,2 Mrd. €.

29. März: Die Hypo Real Estate erhält vom deutschen Staat 10 Mrd. €, um geschäftsfähig zu bleiben. Für 2008 wies die Bank einen Verlust von 5,5 Mrd. € aus. Die Kernkapitalquote ist mit 3,4% unter das aufsichtsrechtliche Minimum von 4% gesunken. Der Staat beabsichtigt, die Kontrolle über die Bank zu übernehmen. Sie hat eine Schlüsselrolle bei der Refinanzierung von Banken, da sie einer der größten Emittenten von Pfandbriefen ist⁵⁾.

30. März: Für die spanische Sparkasse Caja Castilla La Mancha übernimmt die spanische Zentralbank die operative Leitung.

Deutschland: Deutsche Bank AG

Rumänien: Kredite

Deutschland: Abwrackprämie

Deutschland: Bayerische Landesbank

Niederlande: Fortis Bank Nederland

Deutschland: Kreditanstalt für Wiederaufbau

Deutschland: Hypo Real Estate

Spanien: Caja Castilla

Die österreichischen Banken verhandeln mit dem Staat über Ausmaß und Konditionen der Bereitstellung von Partizipationskapital. Das österreichische Bankgeheimnis stößt in der EU auf Kritik. Die EU will Österreich auf die Liste der Steueroasen setzen, falls Österreich nicht die Hilfestellung bei Amtshilfeverfahren neu regelt. Die Bank Medici, eine kleine österreichische Privatbank, erleidet durch den Madoff-Skandal großen Schaden.

8. Jänner: Anlässlich eines "Autogipfels" schlagen Bundesregierung, Sozialpartner und Experten vor, in der Autozulieferindustrie in Verbindung mit Weiterbildungsmaßnahmen die Kurzarbeit von 12 auf 18 Monate auszudehnen. Noch keine konkrete Entscheidung fällt über die diskutierte Verschrottungsprämie.

2. Februar: Die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB) beabsichtigt, der Republik Österreich Partizipationskapital in der Höhe von 1,75 Mrd. € zur Zeichnung anzubieten.

27. Februar: Die Verhandlungen zwischen Finanzministerium und Erste Bank über Ausmaß und Konditionen der Bereitstellung von Partizipationskapital im Rahmen des Bankenpakets werden abgeschlossen. Die Erste Bank kann bis zu 2,7 Mrd. € in einer

Österreich

Autogipfel

Raiffeisen Zentralbank Österreich AG

Erste Bank

⁴⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2008", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81(10), S. 758, http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=33981&typeid=8&display_mode=2.

⁵⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2008", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81(10), S. 758, http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=33981&typeid=8&display_mode=2.

Mischung aus Partizipations- und Hybridkapital aufnehmen; vorgesehen ist eine Beteiligung privater Investoren im Ausmaß von mindestens 30%. In diesem Fall erhält der Bund eine Dividende von 8%.

Bankgeheimnis

13. März: Als Reaktion auf die Unstimmigkeiten um das österreichische Bankgeheimnis stellt die OECD gegenüber Österreich klar, wie Art. 26 des OECD-Musterabkommens zu interpretieren ist⁶⁾. Bei konkretem Verdacht auf ein Steuervergehen sind in Österreich die Voraussetzungen für die Einleitung eines Finanzstrafverfahrens nun erfüllt. Dies wiederum ist Voraussetzung, dass das Bankgeheimnis durchbrochen werden kann. Finanzstrafverfahren sind jedoch rechtlich in manchen Ländern anders geregelt als in Österreich. In manchen Fällen kann deshalb keine Auskunft erteilt werden, obwohl nach österreichischem Recht bereits ein Finanzstrafverfahren eingeleitet würde und somit die inhaltlichen Voraussetzungen für Auskunftserteilung gegeben wären. Österreich wird nun den Art. 26 des OECD-Musterabkommens in die Doppelbesteuerungsabkommen übernehmen, sodass in allen Fällen, in denen der begründete Verdacht auf ein Steuervergehen vorliegt, das Bankgeheimnis durchbrochen werden kann. Vorausgegangen war ein Vorstoß auf internationaler Ebene insbesondere in der EU, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein auf die Liste der Steueroasen ("Schwarze Liste") zu setzen.

Bank Medici

19. März: Der Aufsichtsrat der unter Staatsaufsicht stehenden Bank Medici beschließt, die Banklizenz zurückzulegen. Der Betrugsskandal des Investors Madoff aus den USA hat der Bank großen Schaden zugefügt. Die Bank Medici steht zu 75% im Eigentum von Sonja Kohn und zu 25% im Eigentum der Bank Austria.

⁶⁾ Nach Art. 26 des Musterabkommens der OECD darf sich ein Staat nicht auf das Bankgeheimnis berufen, um begründete Gesuche zur Amtshilfe (Informationsaustausch auf Anfrage) abzulehnen